

Der Faden dieser Tradition der politischen Ökonomie und des mit ihr verbundenen politischen Engagements zieht sich durch die europäische und amerikanische Geschichte. In Phasen des Umbruchs ist dieses Denken lebendig und fruchtbar, aber auch stark gefährdet gewesen; in Phasen der Restauration wurde es verdrängt und verschüttet. Ich möchte im Folgenden dieses menschenrechtliche Denken der Minimierung von politischer wie wirtschaftlicher Macht als *starken Liberalismus* bezeichnen, seine Vertreter als *Starkliberale* und ihre Position als *starkliberal*. Diesem Denken steht der *schwache Liberalismus* gegenüber, dessen *schwachliberale* Verfechter zwar in den hier behandelten historischen Prozessen unterschiedlich weitgehend für politische Teilhabe eintraten, wirtschaftliche Macht aber kaum bekämpften, wenn sie sie nicht sogar begünstigten.

1.4 Einige Vordenker des starken Liberalismus

Bereits Mitte des siebzehnten Jahrhunderts entstand im Verlauf der Englischen Revolution die erste Menschenrechtsbewegung der Moderne. Die Bewegung der Leveller mit John Lilburne (1615–1657), Richard Overton (zirka 1600–1664) und William Walwyn (zirka 1600–1681) kämpfte im Englischen Bürgerkrieg gegen die Herrschaft des Königs, für Demokratie und Republik mit Glaubens- und Meinungsfreiheit. Grundrechte galten nach Ansicht der Leveller nicht allein zum Schutz vor staatlicher Willkür, sondern auch zum Schutz vor privater Macht, die vom Staat geschaffen und geduldet wurde. Die Leveller forderten deshalb auch die Abschaffung der Konzentration von Eigentum, die sich mit dem aufkommenden Kapitalismus dramatisch verstärkte.

Der meist »gemäßigt« genannte Flügel der Amerikanischen Revolution, die Föderalisten, gelten bis heute als Wegbereiter des modernen Verfassungsstaates. Aber unter ihren Gegnern – hier seien nur George Bryan (1731–1791), William Findley (1741–1821) und vor allem Thomas Paine (1736–1809) erwähnt – fanden sich die eigentlichen Vorkämpfer der Menschenrechte. Während die Föderalisten einen Katalog von Grundrechten ablehnten und eine zentralistische Wirtschaftspolitik im Interesse der reichen Bürger betrieben, warfen ihnen Paine und andere Starkliberale vor, eine neue Aristokratie errichten zu wollen. Sie forderten stattdessen Verfassungsprinzipien, die jedem Bürger formal wie materiell die größtmögliche Freiheit sichern sollten. In dieser Tradition bildeten sich in den USA im Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts Ansätze eines machtfeindlichen Aktienrechts und später, nach dessen Scheitern, die Anti-Monopol- und Anti-Trust-Bewegung.

In der gängigen Geschichtsschreibung der Französischen Revolution werden, fälschlicherweise, diejenigen für die radikalste Strömung gehalten, die für die Schreckensherrschaft verantwortlich waren. Daraus ergibt sich ein allgemeines Vorurteil gegen Radikalität. Aus der dominierenden Interpretation der Französi-

schen Revolution wird abgeleitet, dass radikales politisches Denken und Handeln, selbst wenn es einen entschlossenen Kampf für die Freiheit bedeutet, schließlich zu Diktatur und Massenmord führen muss. Doch in der Französischen Revolution war es gerade die revolutionäre Inkonsequenz der Anhänger Maximilien Robespierres (1758–1794), die die Schreckensherrschaft begründete. Nicht die Anhänger Robespierres brachen am entschiedensten mit den Prinzipien des Ancien régime, sondern die Revolutionäre des Cercle social. Die Mitglieder dieser Gruppe von Revolutionären, wie zum Beispiel Claude Fauchet (1744–1793) und Nicolas de Bonneville (1760–1828), waren konsequente Gegner sowohl staatlicher Willkür als auch ökonomischer Macht. Sie wurden Opfer der Schreckensherrschaft.

In den 1930er und 1940er Jahren entwickelten sich in den USA und Deutschland wirtschaftswissenschaftliche Schulen, die – unter dem Eindruck der Bedrohung oder der Zerstörung der Demokratie durch die Konzentration von Wirtschaftsmacht – nach Strategien der Entmachtung suchten. In den USA waren die Ideen und Konzepte des Ökonomen Henry C. Simons (1899–1946), der heute fast nur noch als Theoretiker der Einkommensteuer zitiert wird, von großer Bedeutung. In Deutschland war es die Ordnungspolitik der Freiburger Schule um Walter Eucken (1891–1950), Franz Böhm (1895–1977), Hans Großmann-Doerth (1894–1944) und andere, die nach 1945 die Zerschlagung der Konzerne verlangte.

Politische Bewegungen und wissenschaftliche Schulen ziehen sich als roter Faden einer Tradition der Entmachtung durch die gesamte Moderne. Manchmal setzte sich die Strömung im Untergrund fort; dann wieder trat sie ans Licht der Öffentlichkeit und wurde unmittelbar wirksam. Was die unterschiedlichen Ökonomen, Juristen, Politiker, Publizisten, Philosophen und zahllose aktive Bürger über mehr als drei Jahrhunderte hinweg verbindet, ist ihr Engagement für die Beschränkung, ja für die Abschaffung der Konzentration von Wirtschaftsmacht. Sie forderten diesen Schritt aber nicht, um eine Verstaatlichung sämtlicher Betriebe zu erreichen, wie es etwa Sozialisten und Kommunisten wollten. Im Gegenteil: Die Verfechter der Entmachtung traten für Privateigentum, Marktfreiheit, bürgerliche Grundrechte und Demokratie für alle ein. Die Protagonisten dieser starkliberalen Tradition der Entmachtung gehörten zu den Begründern der Menschenrechtsidee am Anfang der Moderne sowie später zu den Vorkämpfern ihrer Weiterentwicklung.

1.5 Die Verdrängung des starken Liberalismus durch die Schriften seiner Gegner

Der einseitige Blick auf die Entwicklung der Aufklärung verstellt uns heute die zukunftsweisende Perspektive auf diese andere, im Sinne der Menschenrechte konsequentere Moderne. Die Leveller stehen im Schatten John Lockes (1632–1704), Paine im Schatten Immanuel Kants (1724–1804), die modernen ökonomischen Konzep-